

DIE LINKE
Bundesgeschäftsstelle

DIE LINKE.

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Pax Christi Erding

Per Mail: gesinegoetz@gmx.net

Helge Meves
Bereich Strategie & Grundsatzfragen
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Postanschrift:
Postfach 21 100, 10178 Berlin

Telefon: 030 2 40 09-353
Telefax: 030 2 41 10 46

wahlprüfsteine@die-linke.de
helge.meves@die-linke.de
www.helgemeves.de
www.die-linke.de

Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 13 22 57 31
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 22573 1
BIC: BELADEVB33XXX

Wahlprüfsteine Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Berlin, den 15. April 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Gesine Götz,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und heute sende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen gerne zu.

Hochachtungsvoll und mit freundlichen Grüßen

Helge Meves

Finanzierung und Stärkung ziviler Krisenprävention

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Europäische Parlament ein Mitspracherecht im oben genannten Bereich bei der Mittelvergabe erhält?

Ja. Das Europäische Parlament als einziges direkt gewähltes Organ der EU entscheidet in fast allen Politikbereichen gleichberechtigt mit dem Rat der EU über europäische Gesetzgebung. Doch dabei darf die EU nicht stehen bleiben. Der Rat der EU und mit ihm die Mitgliedstaaten sind weiterhin zu gewichtig. Noch immer sind ihm einige Politikbereiche exklusiv vorbehalten.

Werden sie sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Stärken der EU im Bereich der Diplomatie und Mediation, Aufbau von Institutionen gefördert und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden?

Ja. Wir wollen die Mittel für militärische Interventionen umwidmen und in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme der EU investieren. Die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit wollen wir endlich auf die zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anheben. Dieses Geld soll den Ländern des globalen Südens zur Verfügung gestellt werden, um eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen. Wir wollen die Mittel für den Zivilen Friedensdienst verdoppeln. Zusätzlich wollen wir einen europäischen Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei einem afrikanischen Friedensdienst unterstützen. Das kann aus einem Teil der Gelder finanziert werden, die bisher für Militärausbildungsmissionen ausgegeben werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU die Vereinten Nationen und die OSZE darin unterstützt, ihre Instrumente zur Vorbeugung und friedlichen Streitbeilegung auszubauen und zu nutzen?

Ja. Die OSZE sollte mehr als ein Instrument zur Bearbeitung und Lösung regionaler Konflikte sein. Sie muss das zentrale Forum für eine gesamteuropäische, gemeinsame Sicherheitsarchitektur werden, die auf Abrüstung und politische Veränderung in Richtung kollektiver Sicherheit und der Abschaffung aller Armeen zielt. In Europa streben wir daher die Stärkung der OSZE und ihrer Instrumente an. Die OSZE ist wichtig, weil sie derzeit das einzige Format ist, in dem eine Zusammenarbeit mit Russland stattfindet. Wir sehen in ihr den Kern einer künftigen Ordnung gemeinsamer statt geteilter Sicherheit in Europa. Eine solche Kooperation wollen wir perspektivisch an die Stelle der NATO setzen. Im globalen Maßstab sind die Vereinten Nationen das wichtigste Forum zur Verständigung und damit auch zur Konfliktprävention. Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und dringen darauf, dass die derzeitige Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat entsprechende Impulse setzt bzw. vorhandene gute Initiativen zur Abrüstung oder zur Stärkung der wirtschafts- und entwicklungspolitischen Kompetenzen unterstützt. Über die UNO muss eine globale Abrüstungsinitiative angestoßen werden, in der für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Abrüstungsziele festgelegt werden. Wir wollen die UNO und das Völkerrecht stärken.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass zur Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst handlungsfähige Strukturen für die Krisenfrüherkennung, Konfliktbeilegung und Nachsorge geschaffen werden z. B. - durch verlässliche Finanzierung ziviler Friedensmissionen im Gemeinschaftshaushalt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) - Aufbau eines ständig

verfügbaren und einsatzbereiten Personalpools für zivile Missionen jeglicher Art - durch die Förderung wissenschaftlicher Friedenspolitik?

Ja. Wir wollen eine Europäische Union der Abrüstung und Entmilitarisierung. Wir wollen eine friedliche Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik, die auf Solidarität, Kooperation und Entspannung setzt und eine starke parlamentarischen Kontrolle. Wir fordern die Auflösung der EU Battlegroups. Die Verteidigungsagentur der EU wollen wir auflösen. Die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (PESCO), die eigenständige militärische Strukturen der EU bildet und Voraussetzungen für eine eigene europäische Armee schafft, wollen wir ohne Wenn und Aber beenden. Die geplanten Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für Militärische Mobilität müssen gestrichen werden. Die Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedstaaten schreibt die Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss abgeschafft werden. Stattdessen muss die EU sich auf zivilen Konfliktlösungskapazitäten beschränken und diese stärken.

Europäische Rüstungsexporte

Werden Sie sich gegen die Förderung von Rüstungsforschung und -entwicklung und gegen die (geplant starke) Erhöhung des Europäischen Verteidigungsfonds einsetzen?

Ja. DIE LINKE fordert die Auflösung der Verteidigungsagentur der EU. Die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO), die eigenständige militärische Strukturen der EU bildet und Voraussetzungen für eine eigene europäische Armee schafft, wollen wir ohne Wenn und Aber beenden. Die geplanten Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für Militärische Mobilität müssen gestrichen werden. Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen und stattdessen eine Abrüstungsagentur durchsetzen. Entwicklung, Produktion und Verwendung insbesondere von vollautonomen Waffen müssen verboten werden und vollautonome Waffensysteme international geächtet werden. Wir fordern Zivilklauseln für die Universitäten und in den Gesellschafterverträgen der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungshilfe.

Werden Sie sich gegen den Export von Rüstungs"gütern" und -know-how einsetzen, vor allem über die EU hinaus und insbesondere an in kriegerische Handlungen involvierte Staaten (z.B. im Jemen)?

Ja. DIE LINKE fordert einen Stopp aller Rüstungsexporte. Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen in Krisen- und Kriegsgebiete müssen sofort ausgesetzt werden. EU-Mitgliedstaaten, die die EU-Vorschriften für Waffenexporte nicht einhalten, müssen mit Sanktionen bestraft werden. Die Rüstungsindustrie, Zulieferer und Forschung dazu dürfen durch die EU nicht weiter gefördert werden. Dual-Use-Güter, die für die Produktion von ABC-Waffen eingesetzt werden können, dürfen nicht an Staaten geliefert werden, die das jeweilige Abkommen nicht ratifiziert haben.

Werden Sie sich – angesichts der hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – gegen den Export von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition an Länder außerhalb der EU einsetzen?

Ja. Mit Kleinwaffen werden die meisten Menschen in den Kriegen dieser Welt getötet. Sie sind zu den Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts gemacht worden. DIE LINKE fordert darüber hinaus einen Stopp aller Rüstungsexporte. Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen in Krisen- und Kriegsgebiete müssen sofort ausgesetzt werden. EU-Mitgliedstaaten, die die EU-Vorschriften für Waffenexporte nicht

einhalten, müssen mit Sanktionen bestraft werden. Die Rüstungsindustrie, Zulieferer und Forschung dazu dürfen durch die EU nicht weiter gefördert werden. Dual-Use-Güter, die für die Produktion von ABC-Waffen eingesetzt werden können, dürfen nicht an Staaten geliefert werden, die das jeweilige Abkommen nicht ratifiziert haben.

Migration und Asyl

Werden Sie sich für den Ausbau und die Ausweitung sicherer und regulärer Wege für Schutzsuchende und aus großer bis existentieller Not fliehende/migrierende Menschen einsetzen? Unterstützen Sie - schnelle und großzügigere Familienzusammenführung für Asylsuchende und Flüchtlinge, - größere Kontingente für Flüchtlingsansiedlung in Europa und die Verteilung in der EU, - Humanitäre Visa, wie vom EP im Dezember 2018 gefordert?

Ja. Wir setzen uns für legale und sichere Zufluchtswege in die EU für Schutzsuchende ein. Alle von Ihnen genannten Erleichterungen unterstützen wir. In unserem Wahlprogramm heißt es dazu unter anderem: "Fluchtwege nicht versperren! Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht den Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderkonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden. Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss befolgt werden. (...) Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge und eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR. Kein Mensch ist illegal! Wir wollen gerechte Lebensverhältnisse und offene Grenzen für alle Menschen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall der Geburt oder der ökonomischen Verwertbarkeit abhängig sein. DIE LINKE setzt sich daher für eine umfassende Visa-Liberalisierung ein. (...) "Familien vereinen! Wir fordern ein verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für »subsidiär« Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens. Das Nachzugsrecht für Flüchtlinge muss effektiv umgesetzt werden. Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf in den Herkunftsländern nicht anerkannten gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und auf Verwandte zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige."

Setzen Sie sich für eine EU-weite dezentrale Unterbringung und ein dezentrales Aufnahmeverfahren sowie für die Umsetzung der bestehenden gemeinsamen Asylrechts-Standards?

Ja. Die Vorverlagerung von Grenzkontrollen nach Afrika in Kooperation mit autoritären Regimen führt dazu, dass noch mehr Flüchtlinge in von EU finanzierten Lagern und Gefängnissen unter unmenschlichen Verhältnissen gefangen gehalten werden. Wir wollen auch das geltende Dublin-System abschaffen. Es belastet die Schutzsuchenden durch Zwangsverteilungen innerhalb der EU gegen ihren Willen. Und es belastet einseitig die Ersteinreisländer der EU infolge des im Kern unfairen Zuständigkeitssystems. Alle Schutzsuchenden sollen sich selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen. Ein solidarischer Ausgleich soll vor allem auf finanzieller Ebene erfolgen. Der Negativ-Wettbewerb durch abgesenkte Standards bei Unterbringung, Versorgung und Rechten muss abgeschafft werden! Wir sind für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und Integrationsmaßnahmen von Beginn an.